

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkova n. 32. Telephon nachts. Telegramm-Adresse: Sozialdemo. Pr. Prag II., Havliczkova n. 32. Postkassennr. 57544.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Dienstag, 22. Mai 1923, mittags.

Nr. 117.

Das Weltparlament der Arbeiter.

Eröffnung des Hamburger Kongresses. — 600 Delegierte. — Eine Denkschrift der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei. — Auflösung der Wiener Arbeitsgemeinschaft. — Aielendemonstration des Hamburger Proletariats.

Hamburg, den 21. Mai.

Schon um acht Uhr früh begrüßten die roten Fahnen der Arbeiterschaft und das schwarz-rot-gebundene Banner der deutschen Republik die Teilnehmer und Gäste der internationalen Konferenz. Größer, als erwartet, ist die Zahl der Besucher. Ueber 600 Delegierte aus allen Ländern der Welt und Deutschland haben sich zusammengefunden, um über die Schaffung der neuen Internationale zu beraten. Journalisten dreißig verschiedener Nationen sind anwesend, um den Verlauf der Tagung in alle Welt zu verbreiten. Alle Persönlichkeiten, deren Name in der internationalen Arbeiterbewegung einen Klang hat, sind anwesend. Nur Mac Donald ist infolge der englisch-russischen Spannung an London gebunden und die Vorbereitung des neuen deutschen Angebotes macht die Anwesenheit Hermann Müllers in Berlin erforderlich. Auch die dritte Internationale hat einige ihrer hervorragendsten Vertreter entsendet: Nadez weist in Begleitung Kosiowski schon einige Tage hier, um im Auftrag Moskau zu stören, wo es möglich ist. Der Drang der Arbeiterschaft nach Einigung, der sich in der Stimmung aller Delegierten wieder spiegelt und sich insbesondere in der Sonntagsitzung der Wiener Arbeitsgemeinschaft zeigte, dürfte den Beauftragten von Moskau das Geschäft verderben.

Den Auftakt zum endgültigen Vollzug der Einigung bildete die am Montag vormittag erfolgte Eröffnungssitzung zum eigentlichen Kongress. Schon mehrere Stunden vor Beginn dieses feierlichen Aktes hatten sich Hunderte Genossen vom Lande eingefunden, die die Begrüßung der neuen Internationale erleben wollten und Einlaß begehrten. Kurz nach zehn Uhr wurde die Veranstaltung durch die Klänge des Sozialistenmarsches eingeleitet. Es folgten dann die Begrüßungsansprachen. Wirkungslos und flug durchdracht waren die Ausführungen des Genossen Dudgeon, der für den internationalen Gewerkschaftsbund sprach. Er forderte zur Zusammenarbeit der Amsterdamer mit der neu zu gründenden Internationale auf. Nur wenig hatte der französische Genosse Braque den Ausführungen hinzuzufügen. Um zwei Uhr nahm die Eröffnungstagung ihr Ende.

Vor dem Gewerkschaftshaus hatten sich die Hamburger Genossen eingefunden, auch zahlreiche Kommunisten waren anwesend. Hunderte von Ordauern hatten ebenfalls Anstellung genommen und es war für sie etwas leichtes, die wenigen mit Moskauer Geist Erfüllten im Schach zu halten und mehreren ausländischen Genossen, die vom Balkon des Gewerkschaftshauses zu der Menge sprachen, Gehör zu verschaffen. Das Eine ist sicher: der zweite Pfingstag 1923 wird für die deutsche Arbeiterschaft und insbesondere für die Arbeiterschaft Hamburgs ein Gedentag für immer bleiben.

*

Die Eröffnungssitzung.

Begrüßungsansprachen.

Hamburg, 21. Mai. (Eigenbericht.) Nach einigen Rücksprachen und einem Prolog wurde der Internationale sozialistische Kongress in Hamburg eröffnet. Auf Vorschlag von Dillquit (Amerika) wird das Zehnerteil, das die Arbeiten des Kongresses vorbereiten hat, einstimmig mit der Leitung der Kongressarbeiten beauftragt. Die Eröffnungssitzung sollen Welt (Deutschland) und Braque (Frankreich) leiten. Im Namen der Hamburger Parteileitung nimmt Genosse

Leuteritz

das Wort zu einer Begrüßungsansprache und führt unter anderem aus: Wir sind stolz darauf, Sie nach dem unglücklichsten Weltkriege begrüßen zu können. Alle Sozialdemokraten Groß-Hamburgs vereinigten in den letzten Tagen in den vorbereitenden Arbeiten, um den Kongress würdig zu empfangen. Am Sonntag abends noch brachten sozialdemokratische Gärtnere ein Schiff mit Blumen nach der Stadt. Wir hätten den Kongress mit einem ganzen Meere dieser Blumenfülle geradezu überflutet können. Nur wenige aber haben wir in dem Saal als Schand unterbringen können. Was dieser Heberitus der Bereitwilligkeit und Freiwilligkeit ein gutes Zeichen für den Kongress sein.

Wir sind beim Eintritt in das Gewerkschaftshaus durch eine Mauer von Genossen gegangen, die die Aufgabe haben, diesen Kongress vor jedem Eindringling zu schützen. Auch in der Millionenstadt Hamburg gibt es fünf bis zehntausend jener zum Teil idealistischen, zum Teil verblendeten und irreführten Führer und Geführten, die sich Faschisten und Kommunisten nennen und deren erste Führer in den letzten Tagen keine anderen Gedanken propagiert haben, als den internationalen sozialistischen Kongress durch irreführte Arbeiter zu stören. Sie können versichert sein, es wehnt überwältigend mehr

Klassenbewußtsein und Arbeiterwürde in Hamburg als kommunistische Würdelosigkeit. Wir hoffen, daß der Kongress allen imperialistischen Richtungen der Welt einen Spiegel ihrer Unfähigkeit und Unmenslichkeit vorhält. Möge er uns helfen, die deutschen Gebiete von französischem Imperialismus zu befreien. Es gibt keinen menschlichen Fortschritt mehr, wenn nicht der Geist des Imperialismus geädert, an seine Ziele der Geist der Verlobnung und der wahren Friedlichkeit geleitet wird. (Lebhafter Beifall.)

Als nächster Sprecher begrüßt, lebhaft applaudiert, Bürgermeister Genosse Stollen den Kongress: Die Tatsache, daß in unserer alten Vorkriegsrepublik ein sozialistischer Bürgermeister den internationalen Sozialistenkongress begrüßen kann, zeigt Ihnen, wie viel sich seit der Revolution in Deutschland und speziell in Hamburg geändert hat. Wir sind bereit, den Schaden wieder gut zu machen, den wir angerichtet haben, aber wir können nicht weiter gehen, über unser Können hinaus zu gehen. Auch gegenüber den Greuelkriegen des französischen Einfalles ins Ruhrgebiet scheint das Bewußtsein zu schlafen. Es kommt darauf an, daß die Arbeiterklasse auch in anderen Ländern sich die gleiche Macht erobert, wie sie die deutschen Arbeiter haben. Dann muß es gelingen, Imperialismus, Kapitalismus und Militarismus niederzuzwingen. (Beifall.)

Dudgeon

die Begrüßungsrede: Es ist mir eine besondere Freude, im Auftrage des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes diesen Kongress im klassischen Lande der internationalen Arbeiterbewegung zu begrüßen. Sicherlich würde die

Welt heute anders und besser aussehen, wenn die Einheit schon 1918 hätte besser realisiert werden können. Wahrscheinlich würden wir dann wirtschaftlich und politisch nicht so entsetzliche Zustände zu verzeichnen haben. Im Namen der Amsterdamer Internationale spreche ich den Wunsch aus, daß diese Einigkeit aller auf demokratischer Grundlage organisierter Arbeiter auf die Arbeiterschaft aller Länder ihre Wirkung ausüben möge, auch auf jene, die glauben, daß eine sozialistische Bewegung auf anderer Grundlage möglich ist, als auf demokratischer.

Dieser Kongress tagt nur wenige Meilen entfernt vom Ruhrgebiet, wo die deutschen Arbeiter ihren schweren Kampf gegen die imperialistische Regierung Frankreichs führen und wo ihr ganzes Aufstreben ein einzig dastehendes Beispiel ihrer glänzenden Organisation bietet, ein Beispiel, das nur in einem Lande möglich ist, wo die Gewerkschaften einen so hohen Stand der Entwicklung aufweisen. Ein Beispiel von Disziplin, Zielbewußtsein, Organisationsgeist und Ausdauer. Im Namen aller im internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter entbiete ich den Arbeitern, die durch ihren Kampf im Ruhr- und Saargebiet dem Glorien an die Allmacht des Imperialismus einen so kräftigen Schlag versetzen, herzlichsten Gruß.

Wie freuen uns über die Einheit, die nunmehr auf der Grundlage der Demokratie zustande gekommen ist. Ich weiß nicht, ob die Internationale und internationale Arbeiterpolitik überhaupt auf einer anderen Grundlage als der parlamentarischen möglich ist. Aber ich weiß, daß für die Gewerkschaftsbewegung andere Methoden als die demokratischen nicht entsprechend sind, und wenn andere Methoden in ihr angewendet würden, die Gewerkschaftsbewegung unfehlbar zugrunde gehen müßte. Die Gewerkschaftsbewegung kann nicht gedeihen unter der Vormundschaft einer politischen Partei oder unter der Diktatur einzelner. Das demokratische Prinzip ist die Basis für ihre Arbeit. Der Kampf der Gewerkschaften für die Verbesserung der Lage der Arbeiter findet in der Sozialdemokratie eine große Stütze und eine menschliche Ergänzung, andererseits brauchen die sozialdemokratischen Arbeiterparteien zur Durchföhrung ihres Programmes die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. So muß die Zusammenarbeit zwischen der sozialdemokratischen Internationale und der internationalen Gewerkschaftsbewegung der Entwicklung einer unabhängigen Arbeiterpolitik ungenügend kommen und die Macht der Arbeiterklasse wesentlich stärken. Voraussetzung ist dabei volle Gleichberechtigung beider Teile. Wir haben den Wunsch, so lange diese Unabhängigkeit und diese Gleichberechtigung irrtümlich durchgeführt und das gemeinsame Interesse im Auge behalten wird, an dieser Zusammenarbeit gerichtlich festzuhalten und wir zweifeln nicht daran, daß auch bei unseren Freunden auf politischem Gebiet derselbe reale Wille vorherrscht. Möge es gelingen, durch internationales Zusammenarbeiten die Idee des Sozialismus zum Siege zu führen.

Für die Exekutive der I. S. P. D. nimmt Genosse

Wels

lebhaft begrüßt, das Wort: Wir danken allen für den festlichen Empfang und alle Mühe, die sie mir der Vorbereitung des Kongresses schenken haben. Diesen Wiederhall werden die Worte des Genossen Dudgeon in der deutschen Arbeiterschaft finden. Zwar sind wir noch nicht vereint, aber London, Wien und Amsterdam gehören zusammen. Auch die sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüßt diesen Kongress. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß unser deutscher Boden in seiner ganzen Ausdehnung nur von so willkommenen und angenehmen Gästen besucht wäre, wie sie dieser Kongress zu friedlicher

Arbeit für die Zukunft der Menschheit in Hamburg zusammengeführt hat. Es ist keine Uebertreibung, wenn ich sage, daß die Augen der ganzen Welt heute auf diesen Saal gerichtet sind. So groß ist die Sehnsucht der Massen nach Einigung, daß auch die Kommunisten ihre Demagogie und ihre Zerfetzungsarbeit nur noch unter dem heuchlerischen Ruf nach der „Einheitsfront“ betreiben können. Von diesem Kongress wird eine wirkliche Tat gefordert, die Wiederherstellung der internationalen Einheit für die ungeheure Mehrheit der klassenbewußten Arbeiterschaft. Gewiß gibt es unter uns noch unausgeglichenen Gegensätze, aber so wenig solche Meinungsverschiedenheiten die Vereinigung in Deutschland behindern können, dürfen wir die Einigung der Internationale hemmen. Wir wollen keine Uniformierung der Gehirne, keine Diktatur des Denkens. Wir wollen die Massen zum bewußten Handeln erziehen. Durch die politische Schulung zur Mehrheit, durch Mehrheit zur politischen Macht, durch politische Macht zur wirtschaftlichen Demokratie, zum Sozialismus.

Wir befinden uns in einem Lande, das jenseits unter dem Kriege litt, bei einem Volke, das den Hunger kennt, wie kein anderes auf der Welt. Jetzt noch haben wir in Deutschland den Krieg im Lande, gegen den wir uns am Rhein und an der Ruhr wehrlos zur Wehr setzen. Mit Deutschland leidet die ganze Welt unter der Geißel des Imperialismus. Stunden die großen Männer aus dem Grobe auf, die vor 100 Jahren die Wege wiesen, sie hielten für Teufelspust, wofür ihnen jetzt schon Kinder die Erklärung geben können. So ungeheuer sind die Forderungen, so gewaltig ist die Entwicklung fortgeschritten. Wie wenig dagegen hat sich in den staatsrechtlichen Umständen und in den Verhältnissen der Länder zueinander geändert. Gewiß, jetzt hat die politische Demokratie, die Idee einer Vereinigung der Völker, im Völkerverbunde eine gewisse, freilich fast nur platonische Anerkennung gefunden. Auf der anderen Seite hat die Politik für sich und gewaltfam auseinandergerissen, was Technik und Wirtschaft friedlich und natürlich zusammengeführt hat.

Was hat uns der

Weltkrieg und seine Folgen

gebracht? Mehr Jollagenen, mehr Fahvor-schriften, mehr Verkehrsbehindernde, mehr Zersplitterung. Dies alles ist ein Rückfall in eine mittelalterliche Vergangenheit. Die Wirtschaft weiß ganz andere Wege. So lange die politische Organisation der Völker in Zerstückelung und Rückständigkeit verharren, werden wir das traurige Uebergangsstadium nicht überwinden. Es nach Möglichkeiten abzukürzen, ist eine unserer Aufgaben. Seine vollständige Ueberwindung ist nur möglich durch die Verwirklichung des Sozialismus. Den Ruhm, im Klassenkampf des Proletariats die Strategen der Niederlage zu sein und die Arbeiter aus Jähwut und aus Uebermut in noch tieferes Elend hineinzujagen, diesen Ruhm überlassen wir weidlos den Kommunisten.

Den Reaktionen aller Länder aber rufen wir zu: Bis hierher und nicht weiter. Die organisierte Arbeiterklasse der Welt wird sich nicht weiter zurückdrängen

lassen von der imperialistischen Gewaltpolitik und den französischen Vandalenführern, diesen traurigen Ueberbleibseln der verstorbenen Kriegszeit.

Unter Ziel, die Niederklämpfung der Weltreaktion abzuwerden, wird nicht erreicht, wenn wir uns nicht vollkommen darüber klar werden, was die Arbeiterbewegung geschwächt und die Reaktion gestärkt hat. Gegen alle, die sich als Feinde und Schädiger des arbeitenden Volkes betätigen wollen, werden wir uns zusammenschließen als eine Geistesgemeinschaft, eine Tagemeinschaft, eine Kampfgenossenschaft.

Der Gedanke der Internationale hat seine Unsterblichkeit bewiesen. Denn selbst der größte

Mörder, der Weltkrieg, hat ihn nicht zu töten vermocht. Wir begrüßen die Alten in unserem Kreis und richten unseren Blick hoffnungsvoll auf das kommende Geschlecht, dem unsere große Arbeit gilt und das bemüht ist, das Begonnene zu vollenden: Die Erneuerung der menschlichen Gesellschaft im Geiste der Demokratie und des Sozialismus. (Lang anhaltender Beifall.)

Brade (Frankreich).

Es ist mir unmöglich, auf diesem Kongresse nicht zuerst der hier anwesenden Alten zu gedenken, die unsere Meister waren, die die Bewegung mit geschaffen haben, der Genossen Bernstein, Pfannkuch, Axelrod, Karl Kautsky (lebhafter Beifall). Wenn zu Beginn der Sitzung sich Wels und ich die Hände schüttelten, so erinnert das an den internationalen Kongress von 1904 in Amsterdam, wo mitten im russisch-japanischen Kriege Plechanow und der Vertreter Japans sich umarmten. Wir Sozialisten haben in Frankreich von vornherein gegen den Friedensvertrag protestiert, haben unsere Unterschrift verweigert, weil wir darin eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sahen. (Bravo.) Wir führen Kampf gegen die Politik unserer Regierung, die zur Befestigung des Ruhrgebietes geführt hat, und verweigern nicht unsere Bewunderung der Arbeiterklasse, die sich hier sozialbewußt verteidigt.

Der Redner schließt, nachdem er zunächst französisch gesprochen hat, in deutscher Sprache mit den Worten: **Die Einigkeit der Arbeiter wird den Weltfrieden schaffen.** (Stürmischer Beifall.)

Nachdem Genosse Brade geredet hatte, betritt eine Deputation der Hamburger Arbeiterkinder den Saal mit roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen und überbringt dem Kongress einen großen Korb mit Blumen. Eine der Mädchen hält folgende Ansprache an die Delegierten: Die Hamburger Arbeiterkinder, zusammengeslossen im Anschluß zur Förderung der Jugendziele, sind heute vor das Gewerkschaftshaus gekommen, um auch etwas mitzuerleben von dem, was die Arbeiter aller Länder in diesen Tagen bewegt. Wir sehen in den Kindern aller Länder unsere Brüder und Schwestern und ihr sollt sie von uns grüßen. (Große Bewegung und stürmischer Beifall.)

Wels: Wir danken den Hamburger Arbeiterkinder für die uns allen zu Herzen gehenden Grüße. Wir sehen in ihnen die Vertreter der heranwachsenden Generation, des neuen Geschlechtes, das den Sieg der Arbeiterklasse über alle Feinde vollziehen wird. (Lebhafter Beifall.)

Mit der Genehmigung der vom Organisationskomitee vorgeschlagenen Geschäftsordnung und Tagesordnung des Kongresses und mit der Wahl einer Mandatsprüfungskommission und einer Organisationskommission wird die Eröffnungssitzung um zwei Uhr geschlossen.

Die Konferenz der Wiener Arbeitsgemeinschaft.

Internationale Frauenkonferenz. — Antrag unserer Delegation auf Einsetzung eines Untersuchungs- und Vermittlungsausschusses für die Tschechoslowakei.

Ueber die sonntäglichen Beratungen unterrichten die nachfolgenden Meldungen des Tschechoslowakischen Pressbüros:

Hamburg, 20. Mai. (Tsch. P. B.). Die internationalen sozialistischen Beratungen in Hamburg begannen heute mit der internationalen Frauenkonferenz, welche den ganzen Tag hindurch im Hause der Hamburger sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen tagte. Im Präsidium der Konferenz nahm für die tschechoslowakischen Frauen Senatorin Cestina Platz. Der Kongress hörte die Berichte einzelner Delegierter über den Stand der sozialistischen Frauenbewegung in diesen Ländern an und vertrat über die Frage der Errichtung eines ständigen Sekretariates für Frauen am internationalen sozialistischen Bureau. Die Beratungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Gleichzeitig fand heute in dem gleichen Hause der Kongress der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien, der sogenannten 2 1/2 Internationale oder Wiener Internationale statt. Nach dem von Dr. Fritz Adler erstatteten Referat und nach der Debatte, die den ganzen Tag hindurch dauerte, wurde mit 99 gegen 6 Stimmen der Antrag des Referenten angenommen, daß die 2 1/2 Internationale liquidiert und die in ihr vereinten Parteien in eine neue Internationale eintraten, die sich am Hamburger Kongress bilden soll. Gegen die Verbindung mit der zweiten Internationale stimmten zwei Vertreter der russischen linken Sozialrevolutionäre, zwei Vertreter der polnischen unabhängigen sozialdemokratischen Partei und zwei Delegierte der deutschen unabhängigen, die auch gegen die Zusammenlegung beider sozialistischen Fraktionen in Deutschland waren.

Hamburg, 20. Mai. (Tsch. P. B.). An den heutigen Hamburger Beratungen wurden tschechoslowakische innerpolitische Angelegenheiten einzeln berührt. In der internationalen Frauen-

Massenfundgebung der Hamburger Arbeiterschaft. Ziaslo der Kommunisten.

Hamburg, 21. Mai (Eigenbericht). Für Pfingstmontag, gegen zwölf Uhr, hatten die Kommunisten ihre Anhänger aufgerufen, um auf der Moorweide mit dem Ziel zu demonstrieren, „der Welt zu zeigen, daß die Hamburger K. P. D. nicht mit dem Einigungskongress einverstanden sei.“ Trotzdem die K. P. D. ihre Anhänger aus der ganzen Umgebung herangezogen hatte und die kommunistische Jugend der Hauptteil der Anwesenden stellte, verlor sich die Veranstaltung auf dem weiten Platz in der Stadt, und um das Gewerkschaftshaus herum merkte man von der kommunistischen Demonstration gar nichts. Bemerkbar machte sie sich wohl auf den Straßen und außerhalb der Stadt, wo sie in Massen Flugblätter gegen den Kongress und gegen die sozialdemokratische Partei Deutschlands und besonders auch gegen den Genossen Vandervelde, Brüssel, verbreitete.

Der Nachmittag brachte die Demonstration der sozialistischen Arbeiter Groß-Hamburgs. Die Veranstaltung litt

unter einem hartnäckigen Wittergen. Sie fand auf der Moorweide statt. Trotz des Regens kamen unsere Anhänger in dichten Scharen mit großen Bannern und republikanischen Flaggen und teilweise auch mit Musikkapellen und weitem Blumenschmuck. Die Massen kann man ungefähr auf hundert bis hundertzwanzigtausend schätzen: von den Tribünen sprachen Vertreter des Kongresses zu der Menge unter anderem Genosse Wels-Berlin, Branting-Schweden, Vandervelde-Brüssel, Breitscheid-Deutschland, Stauning-Dänemark, Brade-Frankreich, Dittmann-Deutschland, Tom Shaw-England, Henderson-England, Adler-Oesterreich, Berger-Amerika. Die Veranstaltung nahm einen schönen und erhebenden Verlauf, eine Störung erfolgte von keiner Seite. Die Ansprachen endeten mit einem „Doch“ auf die neue sozialistische Arbeiterinternationale. Nach der Veranstaltung zogen die Anwesenden in geschlossenen Rügen in ihre einzelnen Parteidistrikte zurück.

konferenz besaßte sich die Delegierte der deutschen Sozialdemokratie aus der Tschechoslowakei Frau Barod in ihrem Referat über den Stand der deutschen Frauenbewegung bei uns fast ausschließlich mit der Kritik der politischen Verhältnisse und sprach sich scharf über die innerpolitische Taktik der tschechoslowakischen Sozialdemokratie aus. Den sich um das Wort meldenden tschechoslowakischen Delegierten wurde dieses nicht erteilt, weil die Geschäftsordnung eine Debatte zu dieser Sache nicht zuläßt. Die Vorsitzende Popp (Oesterreich) erwähnte aber selbst zweimal die Rednerin und forderte sie auf, zur Sache zu sprechen. Auch bei der Konferenz der Wiener Internationale traten deutsche Sozialdemokraten auf und warf ihnen insbesondere ihre Stellungnahme zur Ruhrfrage und ihre Mitarbeit am Gesetze zum Schutze der Republik vor. An dieser Konferenz waren tschechoslowakische sozialistische Parteien überhaupt nicht vertreten, wenn man von den wenigen Vertretern der Gruppe der Sozialistengemeinschaft absieht, die als Gäste zugegen waren. Deshalb blieb diese Kundgebung vorläufig ohne Widerspruch bis auf das, daß die Sprecher der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in ihren Kundgebungen diese Kundgebungen berührten. Wahrscheinlich wird diese Kundgebung noch ein Nachspiel haben u. zw. bis der Vorschlag der deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei durchberaten wird, daß die neue Internationale einen besonderen Untersuchung- und Einigungs-ausschuss für tschechoslowakische Angelegenheiten einsetze.

Ueber die Konferenz der Arbeitssam- In- schaft erhalten wir noch nachstehenden Bericht, der als Ergänzung der Meldungen des Pressbüros dienen kann:

Hamburg, 21. Mai. (Eigenbericht.) Dem eigentlichen Sozialistenkongress ging die letzte Tagung der Wiener Arbeitsgemein-

schaft voraus. Friedrich Adler hat ausführlich für die Vereinigung gesprochen. Sowohl die zweite wie die Wiener Internationale sollen sich auflösen und zu einer neuen Internationale zusammenschließen. Ledebour sprach gegen die Verschmelzung. Bemerkenswert ist die Erklärung, mit der die deutschen Sozialdemokraten in der tschechoslowakischen Republik ihre Zustimmung zum Anschluß an die neue Internationale gaben. Ihre Erklärung wendet sich gegen die Politik der tschechischen Sozialdemokraten, die die Verletzung des sozialistischen Grundgesetzes des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nicht nur schweigend duldet, sondern sich auf den Standpunkt der chauvinistischen Regierung in Prag gegen alles, was deutsch heißt, also auch gegen die deutschen Arbeiter, stellt.

Ähnliche Ausführungen gaben die Vertreter der nationalen Minderheitsparteien in Polen ab. So die Ruthenen und Juden. Aber alle diese Parteien wollen trotzdem mit den sozialistischen Parteien der anderen Nationalitäten in einer Internationale sitzen, weil sie durch diese Zusammenarbeit eine Besserung ihrer Lage erwarten. Die deutschen Sozialdemokraten in der tschechoslowakischen Republik haben bei der neuen Internationale einen Antrag eingebracht, eine Untersuchungs- und Vermittlungskommission über die politischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei einzusetzen, die dann unterscheiden soll, ob die von den tschechischen Sozialdemokraten betriebene Politik mit den Grundätzen des Sozialismus in Einklang gebracht werden kann. Die Konferenz war von etwa hundert Delegierten besucht. Gegen ganz wenige Stimmen der deutschen Ledebourgruppe und der Vertreter der linken Sozial-revolutionäre Anslands, wurde der Antrag auf Auflösung der Wiener Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien und den Anschluß an die neue Internationale angenommen.

Die Internationale in der Tschechoslowakei.

Cermats Rede auf der Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien.

In der am Sonntag stattgefundenen Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien kam auch Gen. Cermat zu Wort, der folgendes ausführte:

Die Entscheidung über die Anträge, die hier zur Verhandlung stehen, fällt uns außerordentlich schwer. Ueber die Notwendigkeit des Wiederaufbaues einer die Gesamtheit des Proletariats, zumindest aber einer alle sozialistischen Parteien der Welt umfassenden Internationale besteht in den Reihen unserer Partei auch nicht die leiseste Meinungsverschiedenheit. Der Ansturm der Weltreaktion gegen das Proletariat erfordert den raschesten internationalen Zusammenschluß. Die neue Internationale soll uns ein Führer sein in den kommenden Kämpfen, ein Machtinstrument in unseren weiteren Auseinandersetzungen mit dem Kapitalismus und Imperialismus und ein Mittel zur gegenseitigen Verständigung, der hauptsächlichsten Voraussetzung für eine gedeihliche Zusammenarbeit. Darum haben wir auch von der ersten Stunde an, da die Verhandlungen über die Wiedervereinigung der Internationale einsetzten, dem Zusammenschlusse das Wort geredet. Wir laten es, obwohl wir uns keinen Augenblick darüber im Zweifel befanden, daß die Gegensätze zwischen den beiden internationalen sozialistischen Gruppen groß sind und sich kaum innerhalb einiger Monate überbrücken lassen können. Wir waren uns auch darüber klar, daß die Internationale Arbeitssam- In- schaft sozialistischer Parteien nicht jene Aufgaben gelöst hat, für welche sie geschaffen wurde und daß unter den gegebenen Verhältnissen von einer auf geistiger grundsätzlicher Einigung aufzu- bauenden Internationale leider noch keine Rede sein könne. Aber wir sagten uns, daß ein Anfang gemacht werden müsse, daß wir — da wir uns in diesem Gesamtkörper eingliedern — die von der internationalen Arbeitsgemeinschaft aufgestellten Grundsätze nicht

preiszugeben brauchen, sondern sie auf dem neuen Boden wirksam vertreten und in dem neuen Gefüge erst recht für die

Erfüllung der Internationale mit marxistischem Geist,

für die Bildung internationaler Gesinnung, für internationale Denken wirken müssen, um so die Voraussetzungen für internationales Handeln schaffen zu helfen.

Bei unseren Erwägungen haben wir immer den Blick aufs Ganze gerichtet, über die Verhältnisse im eigenen Lande, über die eigenen Interessen hinweg. Denn wären wir von unseren Verhältnissen ausgegangen, wir hätten uns sagen müssen, daß es trotz aller Erwägungen, die für die sofortige Schaffung der neuen Internationale sprechen, keine Gemeinschaft mit einer internationalen sozialistischen Gruppe geben könne, der die

tschechoslowakische sozialdemokratische Partei

trotz der schweren Verfehlungen der letzten Jahre an den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen der Arbeiterschaft dieses Staates noch immer angehören dürfe. Schon zur Zeit, als wir das erstmalig zur Frage der Vereinigung der beiden internationalen Stellung zu nehmen Gelegenheit hatten, bestanden zwischen uns und der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei die schwersten Gegensätze. Unter Mißachtung aller sozialistischen Grundsätze, unter Verleugnung ihrer sozialistischen Vergangenheit, ihres Programms und ihrer wiederholten feierlichen Zusicherungen haben die tschechischen Sozialdemokraten an der Verletzung des sozialistischen Grundgesetzes, des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, gegenüber dem deutschen, ungarischen, polnischen und ruthenischen Proletariat des Landes nicht nur stillschweigend, sondern auch aktiv als regierende Partei teilgenommen, die Fremdberrschaft der tschechischen Nation über alle anderen Völker und deren

Vergewaltigung durch die herrschende Nation und die Staatsorgane nicht nur geduldet, sondern gutgeheißen, in den einzelnen Akten durch ihre Minister vollziehen lassen und durch Teilnahme an einer allnationalen, auf die Mitwirkung der reaktionärsten Parteien des Landes gestellten Koalition ein

arbeiterfeindliches, kapitalistisches, imperialistisches militärisches System

ermöglicht. Durch ein Bündnis mit der tschechischen Bourgeoisie wurde die gesamte nichttschechische Arbeiterschaft aus der ernannten Nationalversammlung, welcher der verfassungsmäßige Aufbau des Staates vorbehalten war, ausgeschlossen, den nichttschechischen Nationen des Staates und ihren Arbeiterklassen eine Verfassung aufgetrieben, die aus einem ausgesprochenen Völkerraum einen nationalitätlich-militärischen Staat machte, die Arbeiterklasse der anderen Nationen auf minderes Recht setzte, ihnen die Selbstverwaltung ihrer kulturellen und sozialen Einrichtungen verweigerte, ihr Schulwesen unter fremde nationale Kontrolle stellte und sich der Ausnahmezustand und die Aufhebung der verfassungsmäßigen Rechte sicherte. Schon diese Tatsachen hätten genügt, das Verhältnis zwischen den tschechischen Sozialdemokraten und den übrigen sozialistischen Parteien des Landes, welche nicht müde wurden, immer und immer wieder ihre warnende Stimme zu erheben, bei der tschechischen Sozialdemokratie aber immer taube Ohren fanden, zu einem ganz unerträglich zu machen. Nimmt man noch die politischen Persekutionen und die Bestimmungsverfolgungen dazu, denen die nicht auf die allnationale Koalition eingeschlossene Arbeiterschaft ausgesetzt war und eine Kette von reaktionären Maßnahmen, die die Regierung von Stunde zu Stunde häufte, dann begreift man erst den schweren Groll, der sich innerhalb der nichttschechischen Bevölkerung und des größten Teiles der Arbeiterklasse gegen die tschechische sozialdemokratische Partei gesammelt hatte und versteht die hundertfältigen Beschwerden und Anklagen, die gegen die tschechische Sozialdemokratie erhoben werden, mit deren Tuldung und unter deren Mitwirkung alle die Handlungen vollbracht wurden, die als

größtenteils Verletzung der elementarsten Solidaritätspflichten

gegenüber den anderen sozialistischen Parteien bezeichnet werden müssen.

Diese Verhältnisse waren für die nichttschechische Arbeiterklasse, aber auch für große Teile der tschechischen Arbeiterschaft, welche sich immer von der Sozialdemokratie abgewendet hatten, schier unerträglich. Nicht nur, daß der größte Teil des Proletariats unter diesen Zuständen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Richtung schwer zu leiden hatte, sondern weil sie vor allem den sozialistischen Gedanken vor der ganzen Öffentlichkeit aufs Schwerste kompromittierten und so indirekt den anderen sozialistischen Parteien des Landes den schwersten Schaden zufügten.

In den letzten Monaten haben sich jedoch bei uns die politischen Verhältnisse außerordentlich zugepißt, das Verhältnis zu den tschechischen Sozialdemokraten noch im hohen Maße verschärfert.

Zwei Momente haben dies herbeigeführt. Für alle sozialistischen Parteien der Welt war — auch ohne ausdrückliche Direktive der internationalen Instanzen — der

Standpunkt zum Ruhrkonflikt

durch die sozialistischen Prinzipien klar vorgezeichnet und trotzdem hat es die tschechische sozialdemokratische Partei — als die einzige sozialistische Partei der Welt — zuwege gebracht, in der Ruhrfrage einen Standpunkt einzunehmen, welcher nicht nur allen sozialistischen Prinzipien, nicht nur dem Gedanken der Internationalität schmerzhaft zuwiderlief, sondern geradezu ein Hohn auf die von den beiden sozialistischen und der gewerkschaftlichen Internationale in Amsterdam gefassten Beschlüsse gewesen ist. Von der ersten Stunde haben sich die tschechischen Sozialdemokraten in ihrer Presse und ihren Kundgebungen schlankwegs auf die Seite des französischen Imperialismus geschlagen, sich den Standpunkt des Außenministers Dr. Benesch zu eigen gemacht, von Deutschland nicht anders als von dem Lande, das bisher nicht einmal einen Bruchteil seiner Verpflichtungen erfüllt hat, gesprochen, den Einmarsch der französischen und belgischen Soldaten als einen sogenannten „Verzweiflungsschritt“ gutgeheißen und im Parlamente gegen alle auf die Herbeiführung einer Verständigung abzielenden Anträge der anderen sozialistischen Parteien votiert.

Diese Stellungnahme der tschechischen Sozialdemokraten, die durch einen zwei Monate nach Ausbruch des Ruhrkonfliktes veröffentlichten tendenziösen Artikel des tschechischen Genossen Dr. Winter nicht abgeschwächt werden konnte, hat innerhalb der deutschen Arbeiterschaft heftigen Widerspruch und größte Erbitterung ausgelöst und die Stimmung gegen die tschechische Sozialdemokratie wesentlich verschärfert.

Als zweites Moment tritt dann der

Kampf um das Schutzgesetz

hinzu, dessen Anreger die tschechischen Sozialdemokraten (Minister Déere), dessen Mitstifter und Mitverfasser die tschechischen Sozialdemokraten (Dr. Meißner), dessen Befürworter und Verfechter die tschechische sozialdemokratische Partei, Parlamentsfraktion und Presse gewesen ist. Die tschechischen Sozialdemokraten suchen zwar in dem Hinweis auf das reichsdeutsche Schutzgesetz ihre Ehrenrettung. Allein das Schutzgesetz mit seinen unsozialistischen und undemokratischen, auf die Auslösung jeder freien Meinungsäußerung gerichteten Tendenzen, mit seinen 100 Straftatbeständen, mit seinen lauschartigen Strafformeln,

feinen unsozialen, undemokratischen Strafen, mit seinen, alle freihetlichen Errungenschaften in bezug auf die Presse und die Rechtsprechung mit Füßen tretenden Bestimmungen ist eher mit dem jugoslawischen und polnischen Schutzgesetz zu vergleichen, wobei es in seiner Motiviertheit — denn es gibt in der Tschechoslowakei keine monarchistische, keine antirepublikanische, keine irredentistische Bewegung — gegenüber allen anderen ähnlichen Gesetzeswerken vereinigt dasteht.

Um Ihnen nur ein kleines Detail aufzuzeigen — es ist in seinen Wirkungen von subtiler Bedeutung, aber charakteristisch — will ich Ihnen erzählen, daß unseren Ausländer Genossen die Plakatierung eines Abfahres in einem **Wahlverbraucher** verboten wurde, worin gesagt wird, daß die Reaktion das Haupt drohend erhebt, daß ein brutales Unternehmertum den Arbeiter den letzten Rest der Freiheit raubt, daß durch das Schutzgesetz die politischen Rechte der Arbeiterschaft geknebelt werden. Darin wird der Tatbestand der „Verbreitung unwahrer Nachrichten“ erldit, welche herrliche Deliktkonstruktion wir dem neuen Schutzgesetz verdanken. Eine Intervention bei der Regierung, welcher auch sozialistische Minister angehören, brachte die Identifizierung des Ministerpräsidenten mit der Auffassung und Verfügung des Aufseher Bezirkshauptmanns, welcher, nebenbei gesagt, bei derselben Gelegenheit die Ausführung des Stückes „Die Waffen nieder“ wegen Störung der öffentlichen Ordnung untersagte und die Vorlage der Aufschriften der Maßstandarten zur Vorzensur, sowie die Befehlsaufgabe der Namen von 50 Maßstandarten verlangte. So beschaffen ist die Freiheit in der demokratischen aller Republiken.

Diese beiden Momente haben den letzten Rest von **Gemeinsamkeitgefühl**, das bis dahin noch zwischen uns und den tschechischen Sozialdemokraten bestanden haben mochte, aufs Schwerste erschüttert und — da sie die Krönung des jahrelangen unsozialistischen Verhaltens der tschechischen Sozialdemokratie waren — unsere ohnedies nur sehr skeptische Auffassung über die Wirksamkeit einer auch nur mechanischen Vereinigung der beiden Internationalen für den gegenwärtigen Augenblick sehr ins Wanken gebracht.

Siebelassen wir unsere rein innerpolitischen Erwägungen, die uns aus politisch-taktischen und parteimäßigen Erwägungen eine Trennung von der tschechischen Sozialdemokratie auch auf internationalen Forum rätlich erscheinen lassen, überhaupt nicht mitsprechen, obwohl wir mit Rücksicht auf die Kompromittierung der tschechischen Sozialdemokratie innerhalb des Proletariats des Landes auch dieses Moment nicht außer Acht lassen sollten.

Und trotzdem wollen wir der neuen Internationalen gegenüber keinen ablehnenden Standpunkt einnehmen und sind bereit, uns in ihre Reihen zu stellen. Wohl wird sie uns

vorkläufig nur eine organisatorische Zusammenfassung der beiden bisherigen internationalen Gruppen

bringen, wohl ist sie von einer Vereinigung, die von einheitlichem Geiste erfüllt ist und gemeinsames Handeln ermöglichen könnte, noch sehr weit entfernt; aber das Proletariat vermag in seiner jetzigen Lage selbst ein solches Instrument nicht zu beschaffen. Zudem sind wir der festen Zuversicht, daß die neue Zusammenfassung des internationalen Proletariats die besten Kräfte für eine gedeihliche Entwicklung dieses Machtinstrumentes des Proletariats in sich birgt, daß dem ersten Schritt der mechanischen Verschmelzung sehr bald der weitere der Durchdringung der neuen Internationalen mit dem wahren Geiste der internationalen Solidarität und mit dem Willen zur internationalen Tat folgen wird. Dann wird es die Internationale als ihre Aufgabe ansehen müssen, in ihren Reihen Ordnung zu schaffen, alle ihre angeschlossenen Parteien mit dem Geiste der Internationalität und Grundhaftigkeit zu erfüllen und vor allem auch ihrer Mitte jenen unsozialistischen Geist zu bannen, dem die tschechischen Sozialdemokraten mit Haut und Haaren verfallen zu sein scheinen.

Zu diesem Werke sind der neuen Internationale alle Möglichkeiten an die Hand gegeben. Ihre Entscheidungen sind für alle Parteien bindend. Sie gilt in Konfliktfällen als höchste Instanz und hat sich in ihren Entscheidungen vor allem den statutarischen Grundsat vor Augen zu führen, daß die Autonomie der nationalen Sektionen dort aufhört, wo die Interessen der anderen Sektionen unmittelbar auf dem Spiel stehen. Hier wird der Hebel anzusetzen sein, wenn man der tschechischen Sozialdemokratie beikommen und sie auf den richtigen Weg weisen will.

Wir deutschen Sozialdemokraten rufen das Urteil der Internationale an. Bei unserem Vorgehen rechnen wir auf die Unterstützung der I. A. S. P. angeschlossenen Parteien, welche unser Leid auch von früher her kennen, welche uns verstehen und uns die volle Gewähr für ein gerechtes Urteil bieten.

Wir unterbreiten dem Kongreß den **Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungs- und Vermittlungskommission**, welche die politischen Zustände und das Verhalten der sozialistischen Parteien der Tschechoslowakei prüfen und nach Feststellung der Tatsachen jene Maßnahmen anwenden soll, die geeignet sind, die Zusammenarbeit des Proletariats dieser Länder auf der Basis aufrichtiger Internationalität, voller Anerkennung des sozialistischen Prinzips, des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller Proletarier sicherzustellen.

Im Uebrigen erklären wir, daß wir für die Anträge der Exekutive der I. A. S. P. stimmen werden.

Unsere Denkschrift an den Hamburger Kongreß.

Der politische und soziale Stand der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei. — Das Verhalten der tschechoslowakischen Sozialdemokratie gegen die übrigen sozialistischen Parteien des Landes.

Hamburg, 21. Mai. (Eigenbericht.) Die Delegationen der deutschen sowie der ungarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei haben dem Hamburger Kongreß eine Denkschrift überreicht, aus der wir folgendes wiedergeben:

„Die allgemeine Zerrüttung der Arbeiterbewegung durch Krieg und Revolution, durch die Friedensschlüsse und die Nachwirkungen des Krieges erschwert allerorten den Wiederaufschluß der arbeitenden Massen zu einer einheitlichen und schlagkräftigen Organisation. Diese Zerrüttung ist bis zur Unertaglichkeit gesteigert in dem neuen Staatswesen, dem die unterzeichnete Partei kraft des Gewalt- und Zwangsfriedens von Saint-Germain angehört, und droht infolge der Politik, die von der tschechoslowakischen Sozialdemokratie nunmehr durch vierzehnjährige Führung wird, der Arbeiterklasse dieses Landes schwersten Schaden zuzufügen.“

Die gefertigten Parteien sind durchdrungen von der stillen Pflicht und praktischen Notwendigkeit der internationalen Gemeinschaft des Proletariats, sowohl über den Rahmen der bestehenden Staaten hinweg wie im Rahmen jedes einzelnen Staates, der von einer Mehrheit von Völkern bewohnt ist. Sie begründen nicht nur auf das wärmste die Hoffnung auf die Wiederaufrichtung einer einheitlichen sozialistischen Internationalen für die große Welt, sie bekennen sich auch entschlossen zur Notwendigkeit der internationalen Gemeinschaft innerhalb der kleinen Welt ihres von mehreren Nationen bewohnten Landes.

Indem diese Parteien ihren Eintritt in die neue Internationale vollziehen, sehen sie sich zu ihrem Leidwesen genötigt, gewisse Feststellungen zu machen, die sie vor künftigen Mißverständnissen und Vorwürfen schützen sollen. Durch diesen Eintritt, den sie aus Gründen der Weltpolitik des Proletariats und zum Zwecke ihrer eigenen dauernden Verbindung mit dem Proletariat der Welt vollziehen, geraten sie vor dem Forum der Welt in eine Gemeinschaft mit der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, wie sie heute ist und politisch wirkt. Sie können aus diesen höheren Interessen die Zusammenarbeit auf diesem Forum nicht ausschließen. Für die Politik ihres Landes aber sehen sie sich genötigt, jede Verantwortung für das politische Verhalten der tschechoslowakischen Sozialdemokratie entschieden und feierlich abzulehnen und diesen Standpunkt solange aufrechtzuerhalten, als die tschechoslowakische sozialdemokratische Partei nicht die Bedingungen schafft, die ein Zusammenarbeiten mit ihr unserer eigenen Partei ermöglichen. Der zum Schluß dieser Denkschrift gestellte Antrag soll einen Weg zur Verständigung weisen.

Zunächst seien nur die Gründe vorgeführt, die die gefertigten Parteien zu diesem Verhalten nötigen. Zum Verständnis der Gründe, die wir vorführen, ist die Darstellung der eigenartigen Natur dieses Staatswesens nötig, über das die Welt zum Teil keine genügende Kenntnis besitzt, zum Teil durch eine einseitig interessierte Propaganda betwagt irreführt wird.

Der tschechoslowakische Staat.

Die Nationalstaatsbildung im allgemeinen.

Der Weltkrieg hat in einem imperialistischen Wettstreit der hochkapitalistischen Nationen zugunsten des westatlantischen Imperialismus entschieden und Mittel- und Osteuropa wirtschaftlich verarmt. Mit diesem Wettstreit des Imperialismus fällt zusammen ein geschichtlicher Prozeß, der aus anderen Wurzeln entspringt. Der Krieg, diese Frucht des Imperialismus, erscheint in unauflöslicher Verbindung mit der von vielen Völkern ersehnten und insbesondere von den Sozialdemokraten des alten Oesterreichs und des europäischen Ostens vorausgesehenen Entwicklung, die zur nationalen Befreiung der zahlreichen Völker Mittel- und Osteuropas geführt hat.

Die Auflösung der drei großen, halbmittelalterlichen Reiche der Romanows, der Habsburger und der osmanischen Sultane in Nationalstaaten war das Ergebnis geschichtlicher Entwicklung. Daß sie auf Schwierigkeiten in der territorialen Abgrenzung der Siedlungsgebiete stoßen und in allen Neustaaten nationale Minderheiten zurücklassen müsse, war zu befürchten. Wie schmerzlich diese Tatsache ist, wie sehr sie die kulturelle Entwicklung dieser Minderheiten verkümmert, wie hart sie insbesondere proletarische Minderheiten trifft, die nebst ihrer kulturellen Verkümmern noch sozial durch ihre Hilflosigkeit beeinträchtigt werden, das können die glücklicheren Proletariate, die in ihrem geschlossenen und unbestrittenen einheitlichen Nationalstaat wohnen und arbeiten, nicht wissen, ja kaum ahnen.

Darum war den Volksmassen ganz Mittel- und Osteuropas die bekannte Wilsonsche Forderung eine glückliche Verheißung. Es sollte das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklicht, es sollte über Landgebiete nicht durch die Intriguen der Geheimdiplomatie entschieden werden, kein Land und Volk sollte wider den Willen seiner Bewohner gezwungen werden, einem fremden Staatsverband anzugehören. Zunächst erlangten in diesen Sätzen Wilsons wohl alle Sozialdemokraten ihr eigenes Programm wieder und es war zu erwarten, daß alle sozialdemokratischen Parteien Mittel- und Osteuropas ihre gesamten Kräfte aufboten, um die friedliche Lösung der Grenzprobleme mit den Methoden der Demokratie zu verwirklichen, daß sie den Bestre-

bungen der Diktatoren des Friedens, die sich in Paris vereinigten, um Europa neu zu vermesen, den Bestrebungen, im Osten einen Imperialismus der Kleinvölker aufzurichten zur Stützung des Imperialismus der großen im Westen, mit aller Tatkraft entgegenzuwirken.

Wie weit das anderwärts geschehen oder nicht geschehen ist, haben wir nicht zu beurteilen. Wir haben nur über die Vorgänge in der Tschechoslowakei zu berichten.

Der angebliche tschechoslowakische Nationalstaat.

Die tschechischen Machthaber beanspruchten von der ersten Stunde an für den neuen Staat nicht bloß das Wohngebiet der Tschechen, sondern das Gebiet des alten böhmischen Königreiches, das seine Unabhängigkeit im Jahre 1526 — also etwa zur Zeit der Entdeckung Amerikas — verloren hatte, und forderten dazu noch das Gebiet der Slowakei, das seit 896 unter Ungarn gestanden hatte. Sie machten das sogenannte historische Staatsrecht geltend und behandelten die Deutschen, die in ihrem Wohngebiet schon länger sesshaft sind als die Angelsachsen auf dem Boden der Vereinigten Staaten — als fremde Eindringlinge.

Es fällt uns nicht ein, den Streit um das historische Staatsrecht der böhmischen Königskrone hier heranzuziehen. Wir wollen bloß zeigen, was dieser historische Anspruch für die Gegenwart bedeutet.

Auf dem Boden der Tschechoslowakei wohnen teils in Zerstreuung, teils in geschlossenen Siedlungsgebieten an Deutschen allein auf Grund der amtlichen, von den Minoritäten heftig angefochtenen und durch die Wahlergebnisse im hohen Grade erschütterten Volkszählung 3.123.448 Menschen. Die Zahl dieser Deutschen, die man allgemein als Sudetendeutsche (zur Unterscheidung von den Abenddeutschen) bezeichnet, beträgt daher

mehr als die Bevölkerung	Dänemarks	mit 2.940.979
„	Norwegens	„ 2.611.287
„	Polands	„ 1.000.000
„	Litauens	„ 1.750.000
„	Finlands	„ 3.301.000

Einwohner.

Wenn die Friedensverträge auf Kleinvölker der angeführten Art Rücksicht nehmen und sie sogar würdig und fähig befinden, selbständige politische Gemeinwesen zu begründen, mit welchem Recht kann man diesem Gebiet die Selbstbestimmung und schon gar die Selbstverwaltung absprechen, wie kann man ein Staatswesen, dessen stärkste Minderheit in Wirklichkeit 3 einhalb Millionen Menschen umfaßt und das daneben noch drei andere Minderheitsvölker umschließt, zu einem Nationalstaat machen wollen?

Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 15. Feber 1921 gab es unter den 13.372.406 Staatsangehörigen 8.760.957 Tschechen und Slowaken (in der Slowakei leben 1.471.031 Tschechoslowaken, wovon die meisten Slowaken sind, so daß auf die reinen Tschechen 7.289.926 Köpfe entfallen), 3.123.448 Deutsche, 747.096 Magyaren, 461.466 Karpathorussen, 180.535 Juden, 75.852 Polen, 23.052 andere, wozu noch 238.943 Ausländer kommen, welche meist den Minderheitsnationen angehören. Von 1000 Staatsangehörigen sind 545,1 Tschechen, 110 Slowaken, 233,6 Deutsche, 55,9 Ungarn, 34,5 Karpathorussen, 13,5 Juden, 5,7 Polen und 1,7 andere. Im Staatsgebiet wäre jeder vierte Bewohner ein Deutscher und entfallen auf fünf nationale Tschechen rund zwei Deutsche, und wenn alle anderen Nationen berücksichtigt werden, auf 54 nationale Tschechen 46 Nichttschechen. Niemand kann ein solches ethnisches Gebilde einen Nationalstaat nennen. Zu diesem Konglomerat von Völkern kommt noch die Bevölkerung von Karpathoruthland, welches Land der Regierung von Prag unterstellt wurde. Die Republik, welche unter dem Prätext eines Nationalstaates begründet worden ist, stellt sich somit als ein typischer Nationalitätenstaat dar, der selbstverständlich alle Schwierigkeiten des alten Oesterreich-Ungarn wieder birgt.“

Es folgt nun die Darstellung des Aufbaues des tschechoslowakischen Staates, der Diktatur der ernannten „Nationalversammlung“, des Inhaltes der diktierten Verfassungsgesetze, der Tüden der parlamentarischen Geschäftsordnung, wobei die Denkschrift zum Schluß gelangt, daß die Verfassung des Staates und die Einrichtungen des Parlamentes, festgelegt, ohne die anderen Nationen auch nur anzuhören, diese jedes ernstes Einflusses auf die Gesetzgebung berauben.

In dem folgenden Kapitel, das den Titel trägt „Ein Staat der Gewalt Herrschaft“, wird nachgewiesen, daß die Politik der nationalen Alleinherrschaft auch nach den Wahlen in die Nationalversammlung 1920 fortgesetzt wurde. Da die deutsche Arbeiterschaft von der Verfolgung der deutschen Schulen an furchtbarsten getroffen wurde, werden diese Verfolgungen zusammenfassend dargestellt. Aber nicht nur in nationaler Richtung bedeutet die Herrschaft der tschechoslowakischen Machtklassen einen Hohn auf die Grundzüge, die bei der Errichtung des tschechoslowakischen Staates von ihnen verkündet wurden. Deshalb wird gezeigt, welche Plänen der Militarismus in der tschechoslowakischen Republik treibt, daß das österreichische Vereins- und Versammlungsgesetz, das Prügelpatent aus dem Jahre 1854 und das alte Preß-

gesetz in Geltung sind, daß also von einer Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten der Staatsbürger in dieser Beziehung keine Rede ist. Den Gipfelpunkt nationaler und sozialer Unterdrückung bildet aber das sogenannte „Gesetz zum Schutze der Republik“, aus dem einige Kostproben den Delegierten der Internationale gegeben werden. Sodann heißt es:

„Die Einrichtungen, die wir kurz skizziert haben, beruhen alleamt auf einem System: die tschechischen Regierungsparteien vermeinten zuerst die Slowaken sich zu assimilieren, obgleich sie diesen im Pittsburgur Vertrag in feierlicher Weise „ihre eigene Verwaltung, ihren Landtag und ihre Gerichte“ sowie „die slowakische Amtssprache in Schule, Amt und öffentlichem Leben überhaupt“ verheißten hatten. Verstärkt durch ihren Zuwachs auf eine Prozentzahl von eben noch 65, hofften sie, die anderen Nationalitäten vom Staatsleben dauernd auszuschließen. Die tschechischen Machthaber nähren also dieselben Herrschaftsträume, die der österreichischen und magyarischen Herrenklasse eingeboren waren und die ihr zum Schluß zum Verhängnis geworden sind. Obwohl das tschechische Volk selbst jahrhundertlang unter nationaler Fremdherrschaft gelitten hat, wiederholt es jetzt das gleiche Experiment an anderen, ohne daran glauben zu wollen, daß es zu demselben Scheitern verurteilt ist. Jede politische Unterdrückung aber wendet sich zum Schluß notwendig gegen die Arbeiterschaft des eigenen Landes und wird zur sozialen Unterdrückung. Innerhalb weniger Jahre hat das tschechische Volk diesen fehlerhaften Kreislauf durchgemacht.“

Es wird sodann auf die steigende Macht der Kapitalistenklasse in den allerletzten Jahren eingegangen und dessen gedacht, daß die deutsche Sozialdemokratie durch die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte, den „Proletarierkongreß“, für alle sozialistischen Parteien der Republik ein unmittelbares politisches Ziel schaffen sollte.

„Allein die tschechische sozialdemokratische Partei verbarnte lieber trotz all der traurigen Erscheinungen, die die Erstarkung der wirtschaftlichen und sozialen Reaktion im Lande gezeigt hatte, nach wie vor in der Regierungskoalition und bei dem Bündnis mit den bürgerlichen kapitalistischen Parteien, die die eigentlichen Träger der Reaktion sind. Alle diese Zustände, wie wir sie im vorstehenden geschildert haben, führen samurgerade zur völligen Auflösung und Machtlosigkeit des Sozialismus, zum Chaos innerhalb des Proletariats und zur Unmacht der arbeitenden Massen. Die bevorstehenden Neuwahlen werden diese unsere Voraussage unzweideutig bestätigen.“

Die tschechische Sozialdemokratie.

Dieser Gang der Entwicklung der Tschechoslowakischen Republik war nach unserer Meinung nicht unvermeidlich. Die tschechische Bourgeoisie konnte den Staat nicht aufrechten ohne die tschechische Sozialdemokratie. Hätte diese proletarische Partei vom ersten Tage an konsequent ihre internationale Pflicht gegen die Proletariate aller anderen Nationen im Lande erfüllt, so wäre der Staat, wenn auch unter tschechischer Führung, doch mit Rücksicht auf die 46 Prozent Anderssprachiger als ein internationales Gemeinwesen eingerichtet worden.

Wir erheben diesen Vorwurf nicht leichten Herzens. Denn wir haben im alten Oesterreich ein halbes Jahrhundert Schulter an Schulter mit den tschechischen Arbeitern um die Demokratie und die soziale Gesetzgebung gekämpft, haben viele ihrer Vorkämpfer — überaus schätzen gelernt, und diese völlige Abkehr schmerzt uns so sehr, weil wir heute noch nicht absehen können, wie denn die Wiedervereinigung der Arbeiterklassen, die trotz allem notwendig ist, endlich bewerkstelligt werden soll.

Die tschechische Sozialdemokratie vor dem Kriege.

In den Anfängen der Arbeiterbewegung des alten Oesterreich marschierten Deutsche und Tschechen in einer Reihe. Je mehr der Sozialismus in der tschechischen Bevölkerung Boden fand, um so deutlicher empfanden die tschechischen Sozialdemokraten die Tatsache, daß, da ihre Nation im Rahmen des alten Oesterreich keine eigene staatliche Existenz besaß, als Kernnis ihres Aufstieges. In Gesetzgebung, Verwaltung und Schule waren die Tschechen zurückgesetzt und die tschechische Arbeiterpartei nahm zugleich mit dem sozialen auch den Kampf um die nationalen Forderungen auf.“

Nun wird der Stellung der deutschen Sozialdemokratie im alten Oesterreich zur nationalen Frage (Brünner Programm) und zum Umbau der österreichischen Verfassung gedacht.

Ueber diese Verfassungsfragen einer Sozialdemokratie vieler Nationen in einem Lande wurde durch viele Jahre verhandelt, eine ganze Literatur geschrieben und ist jeder namhafte tschechische Sozialdemokrat unterrichtet. Für die allerersten Fragen sind Lösungen erarbeitet und praktisch erprobt worden. Es gilt für die tschechische Sozialdemokratie die Ausrede nicht, daß ihr die Probleme neu und daß ihr ungewisse Experimente nicht zumuten seien: Sie selbst hat diese Lösungen in Anspruch genom-

men, die deutsche Sozialdemokratie des alten Oesterreich hat die tschechische Arbeiterklasse in ihrem Aufstieg niemals gehindert und ihre Vertreter haben das Brünner Programm mitbeschlossen, Schulter an Schulter mit deutschen Sozialdemokraten.

Freilich hat die tschechische Sozialdemokratie es ein Jahrzehnt später unternommen, aus nationalen Motiven auch die proletarische Kampffront zu zerschneiden: Sie hat neben die internationalen Gewerkschaften, die bis zum letzten Tage des alten Oesterreich bestanden und alle anderen Nationen mit umfaßten, eine besondere nationaltschechische Gewerkschaftsbewegung gesetzt, und dieser Schritt hat den internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen (1910) in deutlicher Weise beschuldigt, er hat die Mißbilligung des Kongresses gefunden und einen Beschluß veranlaßt, den die tschechoslowakischen Sozialdemokraten offen mißachteten und niemals durchgeführt haben. Kurz darauf haben sie auch den proletarischen Verband der internationalen Sozialdemokratie im Parlament verlassen und damit gesprengt. Nichtsdestoweniger haben die deutschen Sozialdemokraten ihre Politik der internationalen Zusammenarbeit und der Verständigung mit den Tschechen fortgesetzt und in guter Freundschaft lebten beide miteinander, als sie, beide gleich ahnungslos, durch den Ausbruch des Krieges überrascht wurden. Als im Jahre die Verfolgung der Tschechen durch die habsburgische Militärkamarilla einsetzte, war es die Wiener Arbeiterzeitung, welche mutig die Verfolgten verteidigte, war es die deutsche Sozialdemokratie, welche den tschechischen Sozialdemokraten jeden ihr möglichen Schutz bot.

Die tschechische Sozialdemokratie nach dem Kriege.

Als der Zusammenbruch da war, im Oktober 1918, war es die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich, welche, von der Notwendigkeit der Bildung der Nationalstaaten überzeugt, den Deutschen eine einheitliche Republik „Deutschösterreich“ aufzurichten unternahm und jeder anderen Nation das gleiche Recht, sich endlich frei auf nationaler Basis einzurichten, mutig zugesand. Anders sah die tschechische Sozialdemokratie ihre Aufgabe an. Mit ihrer Billigung brachen die tschechischen Legionen in deutsches Gebiet, welches frei für Deutschösterreich optiert hatte, ein, um es mit Waffengewalt zu unterwerfen.

In jener kritischen Zeit, am 12. Oktober 1918, hat das Aktionskomitee des tschechoslowakischen sozialdemokratischen Rates, unterschrieben von dessen heute im Amt befindlichen Ministern Běchyně, Franke, Štěpánov, von Štádník und Šmeral einen Aufruf erlassen, der die Aufschrift trägt: „Die tschechischen Proletarier an die deutsche Arbeiterschaft Nordböhmens“ und der bekundet:

„Indem wir für uns das nationale Selbstbestimmungsrecht bis zur äußersten Konsequenz des selbständigen tschechoslowakischen Staates verlangen, anerkennen wir dieses Recht der Selbstbestimmung auch für euch und wir sind der Ansicht, daß die Vertreter des tschechischen und des deutschen Volkes in dieser geschichtlichen Zeit einzig und allein dazu berufen sind, im Verrückten für die Zukunft über das gegenseitige Verhältnis der beiden Nationen zu entscheiden.“

Nach waren die Traditionen der Vergangenheit und das Vorbild der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs in der tschechischen Sozialdemokratie lebendig. Aber als einen Monat später der anerkannte, inzwischen verstorbene Führer der deutschen Arbeiterschaft Böhmens, unser unvergesslicher Josef Zeliager, nach Prag kam, um vorbehaltlich der Beschlüsse der späteren Friedensverträge wenigstens ein einstweiliges friedliches Abkommen für die deutschen Landesteile zu erreichen und Blutvergießen zu vermeiden, da antwortete ihm ein bourgeoiser Vertreter des inzwischen eingetretenen allnationalen Ausschusses der Tschechen in Gegenwart des Sozialdemokraten Dr. Soukup: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht.“ Die tschechische Sozialdemokratie war in Gefolgschaft ihrer Bourgeoisie geraten, machte sich den tschechischen Imperialismus zu eigen und unterließ es, mit den deutschen Sozialdemokraten auch nur zu verhandeln.

Im Gegenzug dazu haben die deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs am 21. Oktober 1918 eine Erklärung beschlossen, die besagt:

„Wir entbieten in dieser Stunde unseren brüderlichen Gruß unseren slawischen und romanischen Genossen und beglückwünschen sie dazu, daß ihre Völker der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes endlich nahesteht; wir erkennen dieses Selbstbestimmungsrecht ohne Vorbehalt und Einschränkung an, wir fordern es aber ebenso ohne Einschränkung auch für unser deutsches Volk.“

Die Zweite Internationale hat, um die Verwirrung innerhalb der Brüderparteien zu bannen und einheitliche Richtlinien für ihr Verhalten bei den bevorstehenden Friedensschlüssen zu gewinnen, im Frühjahr 1919 eine Konferenz nach Bern berufen, welche beschloß:

„Den zutage tretenden Tendenzen, die Grenzen der Staaten unter Ausnutzung der durch den Krieg geschaffenen Machtverhältnisse festzusetzen, stellt die Internationale sozialistische Konferenz folgende Grundfätze gegenüber, indem die Konferenz fordert:

- 1. zweifelloser Geltung des Rechtes der Völker, ihr Schicksal und ihre staatliche Zugehörigkeit innerhalb des Völkerbundes selbst zu bestimmen;
2. in den strittigen Gebieten Entscheidung über die Zugehörigkeit durch Volksabstimmung unter Kontrolle des Völkerbundes, der in letzter Instanz entscheidet.

Die Konferenz protestiert gegen jeden Versuch, diese Grundfätze zu verflüchten und verwirft deshalb:

- 1. die Festlegung der Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten;
2. gewaltsame oder verschleierte Annexion auf Grund sogenannter historischer Ansprüche oder angeblicher ökonomischer Notwendigkeiten;
3. die Schaffung von vollzogenen Tatsachen durch vortreffende militärische Besetzung strittiger Gebiete.“

Bei dieser Konferenz waren auch die Delegierten der tschechischen Sozialdemokratie vertreten; diese gaben noch einmal eine beruhigende Erklärung ab:

„Für beide Nationalitäten in der Tschechoslowakischen Republik — und vor allem für die künftigen Kämpfe — in den proletarischen Schichten wäre es am vorteilhaftesten, wenn sich die Sudetendeutschen ausprechen würden. Die Beschränkungen vor einer Vergewaltigung sind unbegründet (!). Die tschechoslowakischen sozialistischen Parteien verbürgen den Deutschen volle und gleiche Staatsbürgerrechte, politische und sprachliche Entwicklungsfreiheit (!). Sie sind gewillt, mit dem deutschen Proletariat zusammenzuarbeiten, um die Tschechoslowakische Republik zu einer modernen Institution auszugestalten, in welcher jede Nationalität über ihre speziellen Angelegenheiten selbst entscheiden wird.“

Bern, am 7. Februar 1919.

A. Běchyně, A. Šamp, Dr. Franke, A. Štěpánov, A. Šmeral.

Aber inzwischen hatte die tschechische Sozialdemokratie in der konstituierenden Nationalversammlung zu Prag ihren Posten an der Seite ihrer imperialistischen Bourgeoisie bezogen und billigte von dieser Stunde an jede Gewaltmaßregel, die nicht etwa bloß die deutsche Bourgeoisie in Böhmen, sondern vor allem die deutschen Arbeiter ausgeht waren. Für sie gab es offenbar Pflichten der Internationalität nicht mehr.

Die tschechische Sozialdemokratie im tschechischen Nationalstaat.

Von Stunde an beschloß sie jene Verfassungsgesetze, von denen wir im früheren Abschnitt gemeldet haben, ohne Bedenken mit. Ohne alle Bedenken stellte sie die nationale Gemeinschaft mit ihrer Bourgeoisie jeder Rücksicht auf die Arbeiter der anderen Nationen voran und verweigerte den letzteren das Selbstbestimmungsrecht in jeder Form. Als das erste gewählte Parlament zusammentrat, hielten die deutschen Sozialdemokraten sich frei, um eine Verständigung mit den tschechischen zu ermöglichen, sie lehnten den Eintritt in die „deutsche Einheitsfront“ ab. Im Namen ihres Klubs haben die Genossen Seliger und Czech den Antrag zur Verfassungsreform eingebracht, durch den den Nationalitäten die Autonomie gewahrt werden sollte (5. Juni 1920). Dieser Verfassungsantrag wurde kurzweg über Antrag und mit den Stimmen der tschechischen Sozialdemokratie im Initiativauschuß begraben, er kam also nicht einmal zur parlamentarischen Verhandlung, geschweige denn zur Annahme.“

Sobald werden alle anderen ähnlichen Aktionen der deutschen Sozialdemokratie aufgezehrt und das Verhalten der tschechischen Sozialdemokraten dazu aufgezeigt, wie denn überhaupt die Tätigkeit der tschechischen Sozialdemokraten im Parlament beleuchtet wird (Schutzgesetz).

„So ist denn immer und immer wieder jede Vermählung der anderen sozialistischen Parteien und vor allem der deutschen sozialdemokratischen Partei um die Anbahnung friedlichen Zusammenlebens der Völker dieses Staates um die Herbeiführung der Zusammenarbeit aller sozialistischen Parteien des Landes an dem Verhalten und an Widerstand der tschechischen Sozialdemokraten, die der imperialistischen Politik der mit ihr koalieren tschechischen Bourgeoisie völlig verfallen waren, geschreitet. Die tschechischen Sozialdemokraten wollen es nicht verstehen, daß man auf dem letzten Boden der Tschechoslowakischen Republik nur durch rasche Beseitigung des Nationalitätenhabers, durch schleunigste Aufrichtung einer geschlossenen internationalen proletarischen Phalanx zum Kampfe um die rascheste Verwirklichung des Sozialismus gelangen kann.“

Gründe und Folgen dieser Politik.

Allen sozialen und allen internationalen Pflichten entgegen glaubt die tschechische Sozialdemokratie, zusammen mit der Bourgeoisie ihrer Nation zum nationalen Staate stehen zu müssen. Sie hat alle bürgerlichen Regierungen seit der Revolution mit ihren Stimmen unterstützt und ihre besten Männer in sie entsendet. Und alle Maßregeln der Gewalt und der Unterdrückung deckt sie mit ihren Stimmen.

Versammlungen werden aufgelöst. Vereine listiert. Zeitungen konfiszieren. In der Zeit vom 1. Jänner bis 1. Dezember 1922 wurden nicht weniger als 1498 Zeitungen beschlagnahmt. Den polit. Gegnern des herrschenden Systems wird der Prozeß gemacht, Hochverratsprozesse schlimmer Art werden geführt, Wahlen nicht ausgeschrieben, Grenzländer (Schlesien und Karpathenland) bleiben ohne gesetzliche Vertretung, militärische Exzelsionen halten ganze Landstriche gewaltsam nieder, Bürger werden in den Straßen niedergeschossen — alles unter der Duldung sozialdemokratischer Regierungsmitglieder, alles unter dem Prätext des Nationalstaates und seiner Verteidigung.

Andererseits versucht man es wenigstens, eine solche Koalitionspolitik durch zwingende allgemeine Rücksichten zu rechtfertigen: so mit der Verteidigung des Friedens, wenn ein Krieg droht und verhindert werden soll — es droht der Tschechoslowakischen Republik aber kein Krieg, und wenn sie durch kriegerische Entwid-

lung gefährdet werden könnte, so nur infolge dieser Politik; so mit der Verteidigung der republikanischen Staatsform gegen die Monarchie — aber in diesem Staatswesen denkt niemand auch nur im entferntesten an die Wiederherstellung der Habsburger; so mit der Verteidigung der Volksfreiheit gegen irgendeine faschistische oder sonstige Gefahr der Reaktion — aber die heutige Politik dieses Staates ist die soziale Reaktion selbst; so mit der Verteidigung freier Willkürlicher Einrichtungen gegen hierarchischen Rückschritt — aber dieses Regime nimmt die hierarchischen Parteien selbst in sich auf; so zum mindesten mit der Notwendigkeit der ersten Einrichtung eines neuen Staatswesens — aber dieses Staatswesen ist konstituiert, falsch konstituiert, und gerade seine richtige Konstituierung fordert die Auflösung der bürgerlich-nationalen Koalition und die Herstellung der proletarischen Einheitsfront.

Gegen diese falschen Vorwände aber steht die wahre Gefahr: Die Arbeiterbewegung wird durch dieses System zur absoluten Ohnmacht verurteilt. Ein großer Teil des Proletariats ist zum Kommunismus abgeschwenkt. Der andere Teil löst sich auf in ein halbes Duzend sozialdemokratischer Parteien aller Nationen, welche zusammenhanglos nebeneinander bestehen, von denen die eine, entscheidende, die tschechische, eine der Regierungsparteien, alle anderen in Opposition sind. Diese Zerstückelung weist den größten Teil der Arbeiterschaft in das Lager des Indifferentismus. Dieser politischen Spaltung gegenüber steht die gleiche Spaltung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Es gibt keine Einheit der Aktion. Welche Maßregel immer wir bekämpfen, welche Einzelaktion immer unternommen wird, die kapitalistischen Parteien antworten darauf: „Was wollt ihr? Sozialdemokraten haben sie ja als regierende Partei mitbeschlossen.“ Dauert aber dieser Zustand an, so ist eines die unausbleibliche, letzte Folge: Die doppelte Hoffnungslosigkeit, im Rahmen dieses Staates zu einer nationalen Ordnung zu gelangen oder erfolgreich einen sozialen Klassenkampf zu führen. Und so bewirkt diese Politik, was sie vermeiden will: Sie bewirkt die Gefahr innerer und äußerer Verwicklungen und macht aus der Tschechoslowakischen Republik das selbe europäische Problem, das bis zum Kriege die österreichisch-ungarische Monarchie war. Diese Politik also wächst sich geradezu zu einer internationalen Gefahr aus.

Die Forderungen der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei.

Der internationale Kongreß wolle diese Tatsachen und unser Urteil über sie prüfen und er wird erkennen, daß unsere Beschwerden durchaus begründet, unsere Forderungen durchaus berechtigt, der Kampf um unser Recht reiflos sozialistisch ist.

Wir fordern von der tschechischen Sozialdemokratie:

- 1. daß sie den nationalen Chauvinismus und Imperialismus der tschechoslowakischen Bourgeoisie gemeinsam mit allen sozialdemokratischen Parteien des Landes bekämpfe;
2. daß sie sich auf den Boden der sozialistischen Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker stelle, das von uns gemeinsam mit ihr in Brünn erarbeitete nationale Programm verwirkliche, unsere auf unseren Parteitag in Teplitz und Karlsbad aufgestellten Forderungen prüfe und vor allem das Versprechen einlöse, das sie auf dem internationalen Kongreß in Bern im Jahre 1919 vor den sozialistischen Vertretern aller Länder in feierlicher Weise in ihrer Erklärung abgegeben hat. Wir fordern von den tschechischen Sozialdemokraten kein Titelchen eines Rechtes mehr für uns, als wir seinerzeit im alten Oesterreich ihnen zu geben bereit waren. Wollen sie dies, dann wird sich sofort von selbst dieselbe Verbindung zwischen Arbeiterschaft aller Nationen dieses Landes herstellen, die vormalig zwischen ihnen im alten Oesterreich in den besten Tagen internationaler Kampfgenossenschaft bestanden hat. Dazu gehört, daß die Internationalität nicht bloß Phrase für die Weltkongresse oder bloße Vereitelung sei, in den Fragen der Welt mit dem gesamten Proletariat zusammenzuwirken — auch das haben die tschechoslowakischen Sozialdemokraten in der Ruhraktion höchst bezeichnenderweise unterlassen —, sondern daß die Internationalität vor allem im eigenen Lande zur aufrichtig brüderlichen Gesinnung und zur lebendigen Praxis des täglichen Kampfes gemacht werde.

Es sind ernste schwerwiegende Beschwerden, die wir vor dem internationalen Sozialistenkongreß vorbringen; wir können nicht verlangen, daß er ohne Prüfung entscheide. Wir beantragen daher:

Der internationale Sozialistenkongreß wolle eine Untersuchungs- und Vermittlungskommission einsetzen, welche die politischen Zustände und das Verhalten der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei prüfen und nach Feststellung der Tatsachen jene Maßregeln anwenden soll, die geeignet sind, die Zusammenarbeit des Proletariats dieses Landes auf der Basis aufrichtiger Internationalität, voller Anerkennung des nationalen Prinzips des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Notwendigkeit des gemeinsamen Klassenkampfes aller Proletarier wieder sicherzustellen.

Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslow. Republik.
Ungarische sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslow. Republik.

Telegramme.

Amtsverzicht Bonar Laws.

London, 20. Mai (Havas.) Der Gesundheitszustand Bonar Laws ist eruster als man geglaubt hat. Es wird allgemein angenommen, daß seine Reise in ein günstigeres Klima den erwünschten Erfolg nicht gezeitigt hat.

Auf eindringlichen ärztlichen Rat hat Bonar Laws auf seinen Posten resigniert. Der König nahm diese Mitteilung mit tiefstem Bedauern zur Kenntnis.

London, 21. Mai. (Tsch. P.) Heute vormittags wurde an Bonar Laws eine kleine Kehloperation vorgenommen. Sein Gesundheitszustand ist unverändert.

Die französischen Eisenbahner und die Ruhraktion.

Die bürgerliche Presse Frankreichs betrachtet es als ihre Pflicht, ihrem Publikum die wahre Gesinnung der französischen Eisenbahner gegenüber der Ruhraktion möglichst zu verheimlichen. Nicht nur, daß die Presse diese nichts weniger als freundliche Gesinnung verbirgt, kelaupet sie auch, daß alle ins Ruhrgebiet zehenden Eisenbahner sich freiwillig gemeldet hätten. Die freiwilligen Bewerber bilden im Gegenteil unter den im Ruhrgebiet beorderten Eisenbahnern eine minzige Minorität. Trotz aller schönen materiellen Verprechungen vermögen die Eisenbahnbehörden nur ein geringes Kontingent von Eisenbahnern für das alte besetzte Gebiet und das Ruhrgebiet aufzubringen.

„La Tribune des Cheminots“, das Wochenblatt der französischen Eisenbahnerorganisation, bringt über diesen Gegenstand recht interessantes Material. In einem auf dem Nordbahn verbotenen, vom 16. April datierten Zirkular richteten die Eisenbahnbehörden an die Stationschefs einer bestimmten Division das Ersuchen, ihnen binnen 48 Stunden eine Liste von Eisenbahnern vorzulegen, die ins besetzte Gebiet zu gehen wünschten. In dem Zirkular wurden die Stationschefs ersucht, ganz besonders auf die Vorteile aufmerksam zu machen, die die Freiwilligen genießen. Als solche wurden u. a. angeführt: doppelte Abrechnung der im besetzten Gebiet verbrachten Zeit beim Abancement; möblierte Gattenswohnung für die Eisenbahner und ihre Familien; freie Verpflegung; Prämien und Entschädigungen. Das Resultat dieses Zirkulars war nämlich gering. Nur acht Eisenbahner haben sich bereits gemeldet, als Freiwillige ins besetzte Gebiet zu gehen. Schließlich sah sich die Eisenbahnerverwaltung am 24. April gezwungen, das für den Eisenbahndienst nötige Personal militärisch hinzubeordern.

Es ist von Wichtigkeit, auf diese Haltung der französischen Eisenbahnerpersonalis hinzuweisen. Denn, wenn auch die vorübergehende Schwächung der französischen Arbeiterbewegung keine kräftige und entscheidende Aktion gegen die verhängnisvolle Politik Poincarés ermöglicht, so bleibt darum nicht weniger wahr, daß die Friedensgefühle und das Gefühl für die Arbeiterolidarität in der französischen Arbeiterklasse nach wie vor lebendig sind und die Internationale auf ihre Kampfbereitschaft rechnen darf.

Witwenverbot der Separatisten am Rhein.

Trier, 19. Mai. (Wolff.) Heute vormittag drangen, während die Besatzung des städtischen Elektrizitätswerkes eine Betriebsversammlung abhielt, größere Abteilungen von Smeets-Leuten, an ihrer Spitze die Smeets-Führer Marxen, Remer, Gerhards, Lehner und Raab, in das Elektrizitätswerk ein. Die zum Teil mit Revolvern ausgerüsteten Putzfrauen, von denen die Obenannten im Dienst der Franzosen stehen, bemächtigten sich mit Gewalt der Telefonzentrale, vertrieben das Personal und gingen darauf in die Bureaus, aus denen sie den gerade anwesenden Direktor Biedermann mit vorgehaltenen Revolvern vertrieben. Rasch herbeigeeilte Polizei auf Pferde und zu Fuß warf die Verräterhande schleunigst wieder aus dem Werk heraus. Angesichts der alsbald sich in der Umgebung des Elektrizitätswerkes anammelnden Arbeitermassen aus den benachbarten Betrieben, hielten es die Smeets-Anhänger für geraten, sich aus dem Staub zu machen und auf den beabsichtigten Putz heute zu verzichten. Wie inzwischen weiter bekannt wird, hatten die Einbringer die Absicht, sich der öffentlichen Gebäude zu bemächtigen und die rheinische Republik auszurufen. Bemerkenswerterweise war den Auführern von den Franzosen die Abhaltung des Demonstrationsspaßes gestattet worden. (Bemerkenswerterweise hat das Prager Preßbüro diesen Wolffbericht nicht übernommen, in dem freilich die Franzosen nicht im hellsten Licht erstrahlen. D. R.)

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik

Deutscher Theatergarten
Heute Militärkonzert